**Vorname Nachname**

**Straße und Hausnummer**

**[12345] Wohnort**

**Tel. Fax.**

**Vorname Nachname—Straße und Hausnummer – PLZ Wohnort**

**Einschreiben/Rückschein**

**Amtsgericht …**

Anschrift

**Datum**

**Betreff:** Einschreiben Rückschein an das Amtsgericht …. in dieser Angelegenheit vom Datum

Schreiben von Obergerichtsvollzieher …. Eigenes Aktenzeichen v. Datum per Einschreiben Rückschein v. Datum

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der oben genannten Angelegenheit möchte ich nochmals klarstellen, daß ich die Forderung vollständig **zurückweise.**

Diese Zurückweisung wurde Herrn … bereits schriftlich per Einschreiben mitgeteilt. Herr … wurde gebeten mir das entsprechende Dokument (Vertrag usw.) das versehen ist mit **meiner Unterschrift** vorzulegen, was er bis heute nicht getan hat. Ferner wurde Ihnen in dieser Sache das Schreiben vom Datum per Einschreiben zugestellt. Aber selbst wenn meine Unterschrift auf einem Vertrag sein sollte, sagt das noch lange nicht, daß ich **wissentlich** und **willentlich** unterschrieben habe. Ich habe keinerlei Wissen bzw. Erinnerung an diesen Vorgang. Aus diesem Grund und der Tatsache, daß im November 2021 der Kriegszustand offiziell, durch die Zustellung einer Zustimmungs- u. Unabhängigkeitserklärung zur völkerrechtlich bindenden Beendigung des Kriegszustandes, den Alliierten sowie der Bundesregierung zugestellt worden ist, ist die Bundesrepublik und die Bundesregierung unwiderruflich erloschen und haben keinerlei Existenzrecht mehr auf dem **Herrschaftsgebiet** des nicht untergegangenen Staates Deutsches Reich, da die **Gebietsherrschaft** nachweisbar ausschließlich beim Deutschen Reich geblieben ist. Im Übrigen bedeutet das Wort bedingungslos, daß es für beide Seiten bedingungslos und definitiv kein Freibrief für die Alliierten war in Deutschland machen zu können was ihnen beliebt. Das haben zwei Mitglieder des britischen Auswärtigen Amtes, der Justitiar Sir Fitzmaurice und der Chief Legal Adviser Sir W. Malkin unmißverständlich klargestellt.

Seit Ende 2021 müssen alle Ämter der Bundesrepublik zurückgewiesen, das heißt konkret abgelehnt werden, denn diese sind völkerrechtswidrige Behörden des Schein-Staates der Alliierten und der weisungsgebundenen Bundesrepublik Deutschland. Der Kriegszustand ist jetzt tatsächlich völkerrechtsbindend beendet und wir sind nicht verpflichtet einem Amt der Bundesregierung Folgezuleisten. Ich erteile hiermit jedem Mitarbeiter der Amts- u. Landgerichte sowie deren Gerichtsvollziehern striktes Kontakt-, Haus- und Grundstücksverbot. Ich werde auch nicht vor einem Gericht der Bundesrepublik erscheinen, oder mich zur Zahlung durch Beugehaft zwingen lassen. Sie wissen sehr gut, daß Beugehaft nicht erlaubt ist. Wir werden an der richtigen Stelle Strafantrag stellen und uns derartige Behandlung nicht weiter bieten lassen. In diesem Schreiben muß ich zwangsweise auf alle Einzelheiten eingehen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang ganz energisch auf die Aussage des Richters Frank Fahsel am Ende dieses Schreibens.

**Jetzt zu den Fakten.**

Mein Wohn**ort** (nicht Wohnsitz oder Wohnhaft) ist definitiv **nicht** in der Bundesrepublik sondern immer noch, d. h. durchgehend bis heute, im Deutschen Reich, da die **Gebietsherrschaft** trotz bedingungsloser Kapitulation der Deutschen Wehrmacht**– nicht des Deutschen Reiches–** wie weiter unten bewiesen **ausschließlich** beim Deutschen Reich geblieben ist und damit weder Grundsteuer oder dergleichen bezahlt werden muß.

**Hier die diesbezüglich entscheidenden Fakten.**

**Entstehung des Weststaates (Bundesrepublik Deutschland bzw. kurz BRD genannt)**

Auf der Londoner Sechsmächtekonferenz im Frühjahr 1948 einigten sich die Westmächte und die Benelux-Länder auf die Schaffung eines westdeutschen Staates. Nur das deutsche Volk ist berechtigt einen neuen Staat zu gründen und nicht fremde Staaten. Die Beschlüsse dieser Konferenz werden als „Frankfurter Dokumente“ bezeichnet. Diese Einigung ist für das deutsche Volk nach allgemein geltendem Kriegsrecht völlig irrelevant d. h. absolut bedeutungslos.

**In diesem Zusammenhang ist der Geschehensablauf sehr bedeutend und aufschlußreich, weshalb ich diesen Geschehensablauf sehr sorgfältig aufzuzeigen genötigt bin.**

Die Aufzeichnungen zu den Kapitulationsereignissen des persönlichen Adjutanten Walter Lüdde-Neurath von Großadmiral Dönitz, der ein Zeitzeuge ist, da er persönlich bei den Verhandlungen zugegen war, sind äußerst aufschlußreich. **Aber auch dann, als die Alliierten am 05. Juni 1945 völkerrechtswidrig die oberste Gewalt, durch die absolut rechtswidrige einseitige Willenserklärung (Berliner-Erklärung) an sich gerissen hatten, hatte das keinerlei Auswirkungen bezüglich der weiteren Existenz des Deutschen Reiches.** Auf Grund der Tatsache, daß der Staat  **Deutsches Reich nie kapituliert hat** und auch nicht kapitulieren konnte, weil Hitler nicht mehr greifbar war und nur Hitler selbst berechtigt war für den Staat Deutsches Reich die Kapitulation durchzuführen, war quasi ein Segen für das deutsche Volk.

Aber zurück zum Thema bedingungslose Kapitulation. Dazu sind besonders bemerkenswert die Ausführungen des **früheren Justitiars und späteren Richters am Internationalen Gerichtshof in Haag, Sir Fitzmaurice, sowie die Aussage von Sir W. Malkin, Chief Legal Adviser des Britischen Auswärtigen Amts von größter Bedeutung. Diese Aussagen haben so viel Gewicht, da es sich um Mitglieder des Britischen Auswärtigen Amts handelt, die das definitiv wissen mußten. Es ist deshalb unverzichtbar diese Aussagen hier zu zitieren.**

**Zitat aus den Fußnoten „Der völkerrechtliche Status der deutschen Ostgebiete“ von Herbert Kraus 11/12**

Wie Sir Fitzmaurice a. a. O. erklärt, hat der verstorbene Sir W. Malkin, Chief Legal Adviser des Britischen Auswärtigen Amts sogar erklärt, es gäbe rechtlich kein solches Ding wie eine bedingungslose Kapitulation, weil eine Kapitulation immer mindestens unter der implizierten Bedingung steht, daß der Kampf daraufhin aufzuhören habe und das Leben derjenigen die kapituliert haben, zu schonen ist. Deshalb kann das, was populär als bedingungslose Kapitulation bezeichnet wird, als eine Kapitulation charakterisiert werden, die **nicht** irgendwelche **spezielle** (specifique) Bedingungen enthält, und daß die rechtliche Wirkung **ist,** daß auf der Grundlage der Einstellung der Feindseligkeiten und einer Garantie der Schonung ihres Lebens die Waffenstreckenden die vom Sieger aufgestellten Bedingungen annehmen und ausführen. **Zitat Ende!**

**Genau das hat die Deutsche Wehrmacht nachweisbar vereinbarungsgemäß, diszipliniert und zuverlässig wie es bei Deutschen grundsätzlich üblich ist, exakt ausgeführt, weil das in der Kapitulations-Urkunde schriftlich so vereinbart war. Das bedeutet, sie haben alle Punkte der Kapitulationsvereinbarung wie immer diszipliniert und korrekt eingehalten und ausgeführt, nur die Alliierten nicht. Punkt!**

**Tatsache d. h. nachweisbar ist, die Vereinten Nationen haben der Deutschen Wehrmacht keine weiteren Kapitulationsbedingungen auferlegt, sondern die vier Alliierten haben ihre eigene völkerrechtswidrige Willenserklärung bekanntgemacht und durchgeführt. Wie üblich so hinterhältig formuliert, daß man denken könnte sie würden quasi im Interesse der Vereinten Nationen handeln. Fakt ist, daß folgende Verbote den Alliierten für ihre eigentlichen Kriegsziele, das Deutsche Reich und das deutsche Volk zu beseitigen, im Weg standen.**

1. Das 1890 vereinbarte und ergangene Annexionsverbot

Bewiesen durch, Dr. jur. Herbert Kraus Professor der Rechte in „Der völkerrechtliche Status der deutschen Ostgebiete“ S. 143. Chronologie der Entstehung des Annexionsverbots.

1. Die UN Satzung Art. 2 Nr. 4, verbotene Gewalt gegen territoriale Integrität.

**Zitat:**

Zwischen Bundesmitgliedern der UN muß Debellation rechtlich als unzulässige Form der Kriegsbeendigung angesehen werden, auch gegenüber dem Staat der einem illegalen Krieg entfesselt hat, das sie nur im Wege der – durch Art. 2 Nr. 4 der Satzung verbotenen – Anwendung von „Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates“ möglich wären. **Zitat Ende!**

1. Kriegsrecht §20 S. ab S.99 bis S. 101 Abs. 1 Zeile 14 bez. Debellation
2. § 25 Friedrich Berber, Kriegsrecht S. 122. Das internationale, für alle Armeen gütige und zu beachtende Kriegsrecht

**Zitat:**

Die rechtliche Regelung des im feindlichen Staatsgebiets stellt die wichtigste räumliche Schranke des Kriegsrechts dar, auf dem in den letzten 150 Jahren, von der Basis einer fast völligen Rechtlosigkeit ausgehend, ein besonders großer rechtlicher Fortschritt gemacht worden ist. Sie verdient daher eine eingehendere Darstellung, und die genaue Kenntnis ihrer Regeln muß von den Armeeangehörigen aller Länder verlangt werden.

Von den Vereinten Nationen gab es in diesem Zusammenhang lediglich drei Resolutionen, die Erste Resolution **190 (III) von 04. November 1948**, **eine Zweite A/RES/3050 erst am 18. September 1973 und eine dritte A/RES/37/10 erst am 05. November 1982**. Danach gab es keine weiteren Bedingungen durch die Vereinten Nationen.

Tatsache ist, es gab keinerlei juristische und schon gar keine völkerrechtliche Rechtsgrundlage für die Übernahme der obersten Regierungsgewalt. Was die Alliierten und selbstverständlich auch die Vereinten Nationen sehr genau wußten. **Ein Schelm wer dabei Böses denkt!**

Im Übrigen gibt es keine Regierungs“**gewalt“** sondern es gibt lediglich den Regierungs“**auftrag**“ begrenzt auf 4 Jahre. Allein die begrenzte Zeit von 4 Jahren zeigt überdeutlich, daß es keinerlei Herrschaftsgewalt einer Regierung über den Auftraggeber geben kann oder gibt.

**Den von den Vereinten Nationen geforderten Friedensschluß hat man bis heute, durch die Gründung der Bundesrepublik und deren weisungsgebundenen Bundesregierungen sowie deren entsprechenden vertraglichen Schein-Aktionen, zum absoluten Schaden Deutschlands (Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge) von 23.05.1969**

**d. h. für das Deutsche Reich und insbesondere für das deutsche Volk, zu verhindern gewußt.**

Die Alliierten waren sich durchaus darüber im Klaren, daß durch Friedensvertragsverhandlungen ihre umfangreichen Völkerrechts­verbrechen gegen das Deutsche Reich und insbesondere gegen das deutsche Volk ans Licht und offenbart, d. h. zur Sprache kommen würden. Was natürlich mit allen Mitteln verhindert werden mußte, weil das ihre gründlichst geplanten Kriegsziele zunichte gemacht hätte. Das bedeutet konkret, daß der unbegrenzte Bestand der Bundesrepublik, der absolute Garant für die Alliierten bedeutet, daß genau das niemals geschehen wird. Das ist der Grund, warum es bis heute keinen Friedensvertrag für Deutschland gibt, und solange es die Bundesrepublik bzw. die Bundesregierung gibt, auch niemals geben wird.

**Deshalb ist eine Bundesregierung unzumutbar für das Deutsche Reich und insbesondere für das deutsche Volk!**

Das Dokument zur Deutschlandpolitik in welchem die Alliierten diesen Tatbestand selbst bestätigen, zeigt, daß sich die Alliierten sehr genau darüber im Klaren waren, daß Ihre geplanten Handlungen allesamt endlose völkerrechtswidrige Kriegsverbrechen sind. Denn zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik war ganz offiziell noch Kriegszustand.

Hinzu kommt ein weiteres Dokument zur Deutschlandpolitik, das die diesbezügliche Bestätigung der Bundesregierung selbst auf Seite 267 enthält,

**Zitat:**

Praktische Auswirkungen ergeben sich aus diesen Äußerungen des Bundesverfassungsgerichts insofern, als es den staatlichen Organen der Bundesrepublik Deutschland untersagt ist, vom Untergang des Deutschen Reiches auszugehen oder die Viermächteverantwortung in Bezug auf Gesamtdeutschland als letzte rechtliche Klammer für den Fortbestand des Deutschen Reiches anzusehen und damit zur alleinigen Grundlage ihres deutschlandpolitischen Handelns zu machen. **Zitat Ende!**

Insbesondere lege ich Ihnen den Auszug der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte d. h. deren Datenerfassung vom **23.11.2004** vor, die ebenso bestätigt, daß die Rentenbezüge im Reichsgebiet geleistet wurden und werden und gerade **nicht** in der Bundesrepublik Deutschland.

**Dazu ist jeder Kommentar überflüssig.**

**Die Aussage des Legal Adviser des britischen Auswärtigen Amts ist das alles entscheidende und rundet das Bild ab.**

Über die Formulierung **„bedingungslose Kapitulation“** wurde dem deutschen Volk und der ganzen Welt suggeriert, daß die Alliierten somit unbegrenzte Rechte in Deutschland hätten, **was aber definitiv nicht der Wahrheit entspricht.**

**Fakt ist**, daß es keine weiteren Besatzungsbedingungen gegeben hat, als die, die in der Kapitulationsurkunde enthalten sind und danach wurde nur die völkerrechtswidrige Berliner Erklärung der Alliierten verkündet.

**Fakt ist**, daß die Berliner Erklärung eine einseitige Willenserklärung der Westalliierten darstellt und somit ungültig ist.

**Fakt ist** ferner, daß die Alliierten das Deutsche Reich offiziell nicht annektieren konnten, und scheinheilig so getan haben, als wenn sie großzügig darauf verzichtet hätten. Tatsache ist aber, daß sie zunächst über den Trick mit der bedingungslosen Kapitulation und der darauffolgenden völkerrechtswidrigen Berliner Erklärung die Übernahme der Regierungsgewalt an sich gerissen haben, um dann das eigentliche Ziel, die Gründung der ihnen vollständig weisungsgebundenen Bundesregierung durchsetzen zu können. Denn nur mit Hilfe der Bundesregierung war es den Alliierten möglich, vermeintlich berechtigt in alle Lebensbereiche der Deutschen eingreifen und insbesondere die **neuen deutschen Bankgesetze** zu Ihren Gunsten wieder abändern zu können. Denn das absolute Hauptkriegsziel der Alliierten war die Durchsetzung des Schuldgeldsystems weltweit. Dies war Sinn und Zweck des Zweiten Weltkriegs und das Deutsche Reich stand diesem Ziel mit seinen **neuen Schutzgesetzen** logischerweise im Weg.

Hinzu kommt die offizielle Beendigung des Kriegszustandes 1951/1955 über die Alliierten-Besatzungs-Presse, damit das naive deutsche Volk glaubt, daß der Kriegszustand tatsächlich beendet ist und die Alliierten den Kriegszustand verdeckt weiterführen konnten, um ihr eigentliches Kriegsziel, die Beseitigung des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes durchzuführen, um ihren Weltherrschaftsanspruch zu vollenden.

Am 08. Mai 1945 fand die militärische Kapitulation statt und in diesem Dokument heißt es unter Punkt 4:

**Zitat**:

„Diese Kapitulationserklärung ist ohne Präjudiz für irgendwelche an ihre Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbedingungen, **die durch die Vereinten Nationen und in deren Namen** Deutschland und der Deutschen Wehrmacht auferlegt werden mögen.“ **Zitat Ende!**

In diesem Zusammenhang ist das bereits genannte Dokument zur Deutschlandpolitik der Alliierten vom 15. Dezember 1943 bis 31. August 1945, Dokument 482 S. 1406 von größter Bedeutung, das zeigt unmißverständlich, daß den Alliierten jetzt klar war, daß der Staat Deutsches Reich **nicht** bedingungslos kapitulieren wird. Also mußten sie sich etwas anderes einfallen lassen, um ihr eigentliches Ziel zu erreichen.

**Das Dokument der Deutschlandpolitik 482 S. 1406 Nr. 482. Am 17. Mai 1945:** Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der oberen Regierungsgewalt in Bezug auf Deutschland durch das Viermächte – Memorandum des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten für das Kriegsgebiet des Vereinigten Königreichs.

**Zitat:**

**7.** Die Argumente zu Gunsten einer frühzeitigen Herausgabe der Erklärung sind:

1. Das Dokument der militärischen Kapitulation, das bereits vom Deutschen Oberkommando unterzeichnet wurde, deckt nur die deutschen Streitkräfte ab, und obwohl vollständig, würde es aus sich selbst heraus die alliierten Oberbefehlshaber nicht berechtigen, jene Handlungen in Deutschland vorzunehmen, die sie durchzuführen beabsichtigen, Maßnahmen, die weit über das hinausgehen, was durch das internationale Recht Oberbefehlshabern von Besatzungsmächten zu tun erlaubt ist. General Eisenhauer hat auf diese Schwierigkeiten bereits aufmerksam gemacht, die Erklärung in ihrer gegenwärtigen Gestaltung würde die notwendige gesetzliche Grundlage für die oberste Regierungsgewalt schaffen, die wir **beabsichtigen** in Deutschland auszuüben. **Zitat Ende!**

**Diese Aussage spricht Bände** und zeigt ohne jeden Zweifel, daß den Alliierten sehr wohlbewußt war, daß die Übernahme der obersten Regierungsgewalt staatsrechtlich- sowie völkerrechtswidrig, das heißt unrechtmäßig und nichtig ist.

**18 Tage nach der Kapitulation am 23. Mai 1945** wird urplötzlich die Reichsregierung verhaftet, das heißt gezielt beseitigt, da sie jetzt für die Alliierten nur noch hinderlich war, denn die Reichsregierung hätte ihre Pläne durchkreuzt und klargesellt, daß sie zur Übernahme der Regierungsgewalt nicht berechtigt sind. Die Reichsregierung waren schließlich die einzigen, die das verhindern konnten.

**Jetzt mußte die Berliner-Erklärung verkündet werden, aber das hatte nicht wirklich mit den Vereinten Nationen zu tun.**

**28 Tage nach der Kapitulation** am 05. Juni 1945 haben die Alliierten selbst­herrlich in eigener Regie - nicht die Vereinten Nationen oder jemand in deren Namen- die Berliner-Erklärung bekannt gemacht. Normalerweise hätten sie das - wenn ihnen das staats- u. völkerrechtlich erlaubt gewesen wäre - gleich durch die Kapitulationsurkunde durchführen können. Aber sie wollten das nicht, weil sie damit rechnen mußten, daß die Reichsregierung das nicht mitmachen und einfach hinnehmen würde. Die Alliierten haben diese einseitige Willenserklärung ohne Absprache und ohne Zustimmung der Reichsregierung und auch ohne Zustimmung der Vereinten Nationen, einfach an sich gerissen, damit sie endlich ungehinderten Zugriff auf alle Lebensbereiche des deutschen Volkes, insbesondere auf die **neuen Bankgesetze** und vermeintlich auch auf die **Gebietsherrschaft** über die weisungsgebundene Bundesregierung nehmen zu können.

Das Beuteland Deutschland/Deutsches Reich, konnte nur durch diese Kriegsverbrechen der Alliierten mit Hilfe des sogenannten deutschen Widerstands (Volksverräter) als Bundesregierungen bezeichnet und später auch durch die EU, bis heute ausgequetscht werden wie eine Zitrone. Auch wenn es den Alliierten und insbesondere den Bundesregierungen nicht paßt, das Spiel ist jetzt vorbei und kann auch durch Mord und sonstige Tricks nicht mehr verhindert werden. **Dafür wurde intensivst in alle Richtungen bereits vorgesorgt.**

**Die Zustimmungs- u. Unabhängigkeitserklärung zur völkerrechtlichen bindenden Beendigung des Kriegszustandes ist bereits im November 2021 den Alliierten zugegangen, womit nach allgemein anerkanntem Staats- und Völkerrecht der Kriegszustand unwiderruflich und endgültig beendet ist und das Deutsche Reich, nicht die Bundesrepublik, endgültig ohne Vorbehalte usw. frei und handlungsfähig ist.**

**Jetzt sind das Deutsche Reich und das deutsche Volk endlich wirklich frei.**

Auch eine Ablehnung der Reichsverweserin durch die Alliierten sowie der Bundesrepublik ist für das deutsche Volk irrelevant, weil es in einem von den Alliierten und den Bundesregierungen verursachten besonderen und massiven Staats- u. Volksnotstand stattgefunden hat, der das deutsche Volk zur Notwehr zwingt und in Verbindung mit der Resolution A/RES/56/83, ist die Reichsverweserin zusätzlich legitimiert. Ganz zu schweigen von den begangenen Kriegsverbrechen und den derzeitigen Pandemie-Ereignissen weltweit.

**Auch dem gutmütigsten und tolerantesten Volk geht die Geduld einmal zu Ende!**

**Jetzt ist Schluß!**

**Heimat ist Menschenrecht!**

**Also, die Gebietsherrschaft ist und bleibt ohne Wenn und Aber bei unserem Heimatstaat, dem Deutschen Reich!**

**Das weiß niemand besser als Sie.**

**Beweis 1:** Resolution A/RES/56/83 S. 3 Art. 9 v. 28.Januar 2002,Dr. jur. Herbert Kraus Prof. der Rechte, „Der völkerrechtliche Status der deutschen Ostgebiete“

**Beweis 2:** S. 11/15 sowie S. 143bez. des Annexionsverbots

**Beweis 3:** Walter Lüdde-Neurath „Regierung Dönitz“ S. 50 / 63

**Beweis 4:** Prof. Dr. Seidler in „Das Recht in Sieger Hand“

**Beweis 5:** Dokumente zur Deutschlandpolitik S. 262 u. 267 mit den entsprechen-

den Zeitungsabschnitten zur Beendigung des Kriegszustandes

**Beweis 6:** Dokument der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte v. 2004

**Beweis 7:** Gerichtsurteile zum Fortbestand des Deutschen Reiches

**Die hier genannten Dokumente beweisen in aller Deutlichkeit, den ungewöhnlichen und massiven Staats- und Volks-not-stand und berechtigt einen deutschen Menschen das Amt eines Reichsverwesers bzw. Reichsverweserin zu übernehmen, um einzugreifen und hat dadurch das Deutsche Reich, insbesondere das deutsche Volk endlich wirklich befreit.**

**Was im November 2021 bereits geschehen ist.**

Das Deutsche Reich war bis September 2008 vollständig handlungsunfähig, die Bundesrepublik ist laut allgemein anerkanntem Kriegsrecht/ Völkerrecht nicht der deutsche Nachfolgestaat und definitiv auch nicht identisch mit dem Deutschen Reich, sondern ist definitiv nichts weiter als ein Besatzungs - Kriegs - Delikt.

**Die Bundesrepublik/Bundesregierungen besitzen weder**

* **ein Staatsgebiet (Gebietsherrschaft Deutsches Reich)**
* **ein Staatsvolk (Staatsangehörige des Deutschen Reiches)**
* **eine Staatsgewalt( die beim deutschen Volk ist)**

**weil es seit 1890 das Annexions-Verbot gibt (auch kein verdecktes),**

**weil es ein Debellations-Verbot gibt (Kriegsrecht),**

**weil es kein Kondominium (keine gemeinsame Herrschaft der 4 Alliierten) gibt.**

Das beste Beispiel für die reale Existenz des Deutschen Reiches und die reale Nichtexistenz der Bundesrepublik ist, daß definitiv die Rentenbeiträge, 2004 schriftlich bestätigt, das Beitragsgebiet das Reichsgebiet und gerade **nicht** das Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland ist. Fakt ist, daß die Alliierten und insbesondere die Finanzorgane und deren Bundesregierungen für die Staatskosten und damit auch die Renten verantwortlich sind, da gibt es keine Ausreden oder sonstigen Ausflüchte und Tricks mehr.

**Es ist offenkundig, daß man alle vermeintlichen Rechte für sich beansprucht, aber keine Verantwortung für sein Handeln übernehmen will. So nicht, definitiv nicht, das wird man noch merken.**

**Bundesversicherungsanstalt für Angestellte VSNR 08 140267 K 519 Kehli BKZ 4745 Datenerfassung vom 23.11.2004**

**Dies beweist und bestätigt unwiderruflich und ohne den leisesten Zweifel die oben genannten Fakten.**

Daraus läßt sich zwingend entnehmen, daß sich die Bundesregierungen den oben genannten Tatsachen durchaus bewußt sind, und daher alles tun um zu verhindern, daß das dem deutschen Volk bekannt und bewußt wird und es dann zur Selbsthilfe greift. Die unverschämte Umerziehung des deutschen Volkes, insbesondere über die Alliierten Medien in Verbindung mit den Bundesregierungen, die sich ihrer völkerrechtswidrigen Handlungen sehr wohl bewußt waren und immer noch bewußt sind. **Die Bundesregierungen handeln ausschließlich im Interesse der Alliierten.**

**Womit endgültig und ohne jeden Zweifel der Beweis erbracht ist, daß das Deutsche Reich immer noch im Besitz der Gebietsherrschaft (territoriale Souveränität) und spätestens seit 1955 - durch die offizielle Beendigung des Kriegszustandes der Alliierten- auch wieder die Gebietshoheit (oberste Regierungsgewalt) in Deutschland hätten zurückerhalten müssen. Es wäre die Pflicht der Alliierten gewesen, offiziell die Bundesrepublik aufzulösen und die Befreiung des Deutschen Reiches offiziell bekanntzugeben und die unrechtmäßig übernommene Regierungs“gewalt“ in die Hände des Deutschen Reiches und damit dem Volk zurückzugeben. Es gibt wie gesagt keine Regierungs“gewalt“ sondern lediglich einen Regierungs“auftrag“**

**Damit hat das Deutsche Reich mindestens seit 1955, nach dem allgemein anerkannten Kriegs- und Friedensrecht, das heißt nach allgemein anerkanntem Kriegs- und Völkerrecht, wieder das Recht auf uneingeschränkte Regierungs“gewalt“ in Deutschland (Deutsches Reich). Denn das Deutsche Reich hat ein uneingeschränktes Existenzrecht.**

**Alles andere ist vorsätzlicher Machtmißbrauch und damit Betrug.**

**Hier darf unter keinen Umständen versäumt werden die Tatsache mitzuteilen, daß wir wissen, daß das Bundespresseamt versucht hat, die Kapitulation der deutschen Wehrmacht, in eine Kapitulation des Deutschen Reiches umzudrehen, das heißt zu fälschen. Man frage sich ernsthaft warum????**

**Wenn die Bundesrepublik der staats- und völkerrechtmäßig legale deutsche Staat wäre, hätte sie so etwas definitiv nicht nötig.**

Der große Wendig S. 757 / 760

**Ich verweise hier noch einmal ganz energisch auf die Aussage des Justitiars des britischen Außenministeriums und späteren Richters am Internationalen Gerichtshof in Haag, Sir Fitzmaurice, aber auch auf Sir W. Malkin, Chief Legal Adviser des Britischen Auswärtigen Amts.**

**Der Okkupant ist kein König Midas,**

**dem alles zu Recht wird, was er anfaßt.**

**Rolf Stödter**

Jetzt und hier geht es ausschließlich um das **allgemein anerkannte** Völkerrecht und um das ebenso **allgemein anerkannte,** für jedes internationale **Heer** zu beachtende **Kriegsrecht**, das definitiv auch für die **Alliierten Geltung hat**. **Insbesondere gilt das Völkerrecht für das deutsche Volk, auch wenn man alles, aber auch wirklich alles versucht hat, dem Deutschen Reich und dem deutschen Volk das Völkerrecht zu entziehen/verweigern. Aber, es ist ihnen definitiv nicht gelungen.**

Schriften zum Staats- u. Völkerrecht (die amerikanische Besatzungspolitik und das Völkerrecht), Herausgegeben von Prof. Dr. Dieter Blumenwitz, Autor Burghard Schöbener.

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 1990/91von der Juristischen Fakultät der Bayerischen Julius-Maximilians-Würzburg-Universität als Dissertation angenommen.

**Jetzt zu mir, dem Menschen (nicht Person oder Sache) vollständiger Name**

1. Ich bin am Datum, also nacheisbar im Deutschen Reich geboren. Wie Sie den oben bewiesenen Fakten entnehmen können, ist die Gebietsherrschaft definitiv- trotz Kapitulation usw. - beim Deutschen Reich geblieben.
2. Damit ist es ausgeschlossen, daß ich Bürger der Nicht‑Regierungsorganisation (NRO) Bundesrepublik Deutschland bin.
3. Weiter steht fest, daß weder die Alliierten noch die Bundesregierung- als Besatzungsorgan - jemals die Gebietsherrschaft im Deutschen Reich erlangen konnten. Was bedeutet, daß die Bundesregierungen keinen einzigen Quadratzentimeter deutschen Boden besaßen oder besitzen. Damit ist sie nicht berechtigt über Staatsgebiet des Deutschen Reiches zu verfügen und ist auch nicht berechtigt Grundsteuern usw. zu verlangen.

Fakt ist demnach auch, daß mein Wohn**ort** niemals in der Bundesrepublik Deutschland sein konnte, sondern von Geburt an durchgehend im Deutschen Reich war und bis heute ist, und ich durch Geburt und somit ohne Wenn und Aber ein realer Staatsangehöriger des Deutschen Reiches bin.

Noch entscheidender in diesem Zusammenhang ist, daß nach international **geltendem anerkanntem Kriegsrecht (Gewohnheitsrecht)** laut Völkerrechts­lehrbuch des Bundesministers der Verteidigung - also das **Völkerrechtslehrbuch der Bundeswehr**- Friedrich Berber § 25 S. 132/133 eindeutig und ohne jeden Zweifel klargestellt ist, daß die Bundesregierung nicht einmal als **de facto** - Regierung anzusehen ist. Konrad Adenauer selbst hat klargestellt „wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben Auftrag von den Alliierten“!

**Damit ist alles Nötige gesagt und bewiesen.**

Das sind keine Behauptungen eines Neo-Nazis, Rechtsradikalen oder ewig Gestrigen usw., sondern das sind schlicht und einfach staats- u. völkerrechtliche Tatsachen, d. h. unwiderlegbare knallharte Fakten, für die ich nicht verantwortlich bin.

**Diese Tatsachen werden, Gott sei Dank, dem deutschen Volk immer bekannter und damit bewußter, wie sie belogen und betrogen werden.**

Eine weitere Tatsache ist, wie oben bereits gesagt und bewiesen, daß 1951/1955 die Alliierten den Kriegszustand über die Presse offiziell als beendet erklärt haben, und Konrad Adenauer in der Berliner Morgenpost veröffentlichen ließ **„Bundesrepublik heute souverän“**.

Original Zeitungsberichte 1951/52

**Das stellt die größte Lüge und absolut größte Täuschung und Manipulation der Alliierten in Verbindung mit den Bundesregierungen dar. Dadurch mußte und durfte das deutsche Volk davon ausgehen, daß der Kriegszustand jetzt tatsächlich beendet ist, was ja Sinn und Zweck des Betrugsmanövers war.**

Berliner Morgenost 1955 Aussage Konrad Adenauers

Fakt ist demnach auch, daß dieses gezielt geplante Täuschungsmanöver der größte Betrug der Weltgeschichte und die größte gewollte Manipulation eines ganzen Volkes auf dem Weg zur geplanten Weltherrschaft war und bis heute ist. Das deutsche Volk jedenfalls hatte nicht gemerkt, daß der Kriegszustand verdeckt im Hintergrund weiter geführt wurde, und war oft sehr erstaunt über die Taten der Bundesregierung. Auf diese Weise konnte das deutsche Volk, über die unverschämte und gezielte Umerziehung glauben gemacht werden, die Bundesrepublik sei jetzt tatsächlich der Nachfolgestaat für das Deutsche Reich und die Bundesregierung sei der Rechtsnachfolger der Reichsregierung.

**Es ist unfaßbar zu was die Alliierten mit ihren Bundesregierungen fähig sind.**

Insbesondere ist hier auch die Tatsache klar zu stellen, daß nach **geltendem** und allgemein anerkanntem **Kriegsrecht,** zur völkerrechtlich bindenden Beendigung des Kriegszustandes, die Zustimmung des Kriegsgegners, also die der Reichsregierung - **nicht die der Bundesregierung** - notwendig ist.

Völkerrechtslehrbuch des Bundesministeriums der Verteidigung Friedrich Berber, Kriegsrecht § 20,S.101 Abs. 1-112

Allein die Tatsache, wie oben bereits bewiesen, daß es die Bundesregierung/Bundesrepublik gibt, ist der Grund, warum wir bis heute keinen Friedensvertrag haben. Denn die Bundesregierung kann und darf nicht für das Deutsche Reich handeln. Was konkret bedeutet, die Bundesregierung, will und darf keinen Friedensvertrag mit den Alliierten abschließen. Das wäre ganz bestimmten Leuten auch absolut unerwünscht, d. h. auch nicht recht.

Völkerrechtslehrbuch der Verteidigung, Friedrich Berber, Kriegsrecht § 25,S.131/133

Protokoll des französischen Vorsitzenden Nr. 354B

Und, daß genau das unter gar keinen Umständen geschehen kann, wurde die Reichsregierung mit allen Mitteln völkerrechtswidrig beseitigt. Ferner wurde die Bundesregierung, mit einer aus Vertretern des sogenannten **„Widerstandes“**, die mit den Alliierten schon während des Krieges kooperiert und Deutschland verraten haben, zusammengesetzt. Diese waren logischerweise den Alliierten genehm und wurden 1949 als sogenannte Bundesregierung aufgebaut und eingesetzt. Denn die Alliierten und auch die Bundesregierungen waren von Anfang an daran interessiert, aus reinen Machterhaltungsgründen und begangenen Kriegsverbrechen, daß alles so bleibt wie es ist und sich nichts ändern kann, völlig egal was für eine Partei oder Parteigröße gewählt wird. Im Übrigen sollte die Bundesrepublik mit der Bundesregierung wie oben ebenso bereits gesagt der Garant bleiben, daß es niemals einen Friedensvertrag geben wird und dafür muß die von ihnen gegründete Bundesrepublik mit den Bundesregierungen bestehen bleiben. Und das ist auch der Grund, warum die Reichsregierung quasi regelrecht dämonisiert werden mußte damit das deutsche Volk die Reichsregierung schnellstmöglich vergißt und die Bundesregierung anerkennt.

Wobei man wissen muß, daß Wahlen in einem besetzten Staatsgebiet, auch wenn es oder gerade weil es hinterhältig verdeckt besetzt ist, diese Wahlen unter falschen Vorraussetzungen bzw. massivsten Täuschungen und damit gleichfalls durch Betrug stattgefunden haben, also sind diese ungültig. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat die Ungültigkeit der Wahlen festgestellt, aber natürlich anders begründet. Was insbesondere auch bis 2021 gilt und damit diese Wahlen keinerlei Rechtskraft besitzen.

**Genau für diesen Betrug und für diese Täuschungen ist die Bundesregierung gegründet und zuständig, im Auftrag der Alliierten.**

Die völkerrechtswidrige Gründung der Bundesrepublik auf dem besetzten Staatsgebiet des Deutschen Reiches, war für die Alliierten ein weiteres Kriegsziel und logischer Weise, von größter Bedeutung, da sie nur über diesen Weg die neuen Bank**schutz**gesetze ändern, und bis heute, in alle Lebensbereiche des deutschen Volkes eingreifen konnten. Da die Annexion nicht möglich war (Annexionsverbot), mußten sie gezwungenermaßen, um den Anschein zu wahren, ihre Handlungen nach Handlungen einer deutschen Regierung aussehen lassen, da ihre Handlungen staats- u. völkerrechtswidrig sind.

**Das haben die Alliierten auch unmißverständlich selbst gesagt.**

Dokumente der Deutschlandpolitik 15 Dez. 1943 bis 31. Aug. 1945 S. 1407.

**Zitat:**

Die Argumente zu Gunsten einer frühzeitigen Herausgabe der Erklärung (gemeint ist die Berliner Erklärung v. 05. Juni 1945) sind:

1. Das Dokument der militärischen Kapitulation, das bereits vom Oberkommando unterzeichnet wurde, deckt nur die deutschen Streitkräfte ab, und obwohl vollständig, würde es aus sich selbst heraus die Alliierten Oberbefehlshaber nicht berechtigen, jene Handlungen in Deutschland vorzunehmen, die sie durchzuführen beabsichtigen, Maßnahmen, die weit über das hinausgehen, was durch das internationale Recht Oberbefehlshabern von Besatzungsmächten zu tun erlaubt ist.

„Die unterzeichneten Kapitulationsurkunden haben ausschließlich militärischen Charakter. Keine befugte deutsche Instanz gab den Siegern die rechtlichen Vorraussetzungen zur Übernahme der Regierungsgewalt und zur Verstümmelung des deutschen Vaterlandes. Der legale Anspruch des Volkes auf Kontinuität und Einheit seines Reiches blieb auch über die Katastrophe des Jahres 1945 gewahrt.“ Diese bezeichnenden Vorkommnisse sind nur damit erklärbar, daß im Rahmen der Verfälschung der deutschen Geschichte offenbar die Absicht bestand und wohl noch besteht, die rein militärische Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 7./8. Mai 1945 in eine allgemeine Kapitulation des deutschen Staates umzudrehen, **die völkerrechtlich umfassendere Auswirkungen hätte.**

**Das sagt ja wohl alles, oder nicht?**

Der große Wendig, Band 2 S. 757 Bundespresseamt fälscht Kapitulations-Urkunde

**Es fehlen einem die Worte, daß Menschen die sich als Vertreter des deutschen Volkes bezeichnen, zu so einem Betrug fähig sind. Das beweist ohne jeden Zweifel, daß die Bundesregierungen alles vertreten, nur nicht die Interessen des deutschen Volkes.**

**Die Bundesregierungen sind damit unzumutbar für das deutsche Volk.**

Im November 2021 wurden den Alliierten und allen sonstigen notwendigen Stellen, offiziell, die für die völkerrechtlich bindende Beendigung des Kriegszustandes nötige Zustimmungserklärung - von der rechtsgültigen Reichsverweserin des Deutschen Reiches, versehen mit dem deutschen Reichssiegel (rechtsgültiger Ausweis des Staates) - zugestellt. Mit dieser Zustellung, ist der Kriegszustand nunmehr, wie bereits gesagt, tatsächlich unwiderruflich, ohne weitere Vorbehalte, Verträge oder Übereinkommen, beendet.

Das bedeutet für das deutsche Volk konkret, daß weder die Alliierten noch die Bundesregierung und somit auch die Behörden der Bundesregierung, seit November 2021 keine Existenzberechtigung, das heißt zu keinen Amtshandlungen auf deutschem Staatsgebiet mehr berechtig sind. Im Ausweis wird das Wort Nationalität offenkundig mißbraucht, um das deutsche Volk massivst über ihre rechtmäßige Staatsbürgerschaft zu täuschen. Das ist massivste Urkundenfälschung. Das heißt die Bundesregierungen beteiligen sich an diesem Betrug, um das deutsche Volk quasi verdeckt Staatenlos und damit für die Alliierten völlig rechtlos zu machen.

**Das Deutsche Reich ist und bleibt der einzig legitime deutsche Staat und ist kein Besatzungsorgan.**

Das deutsche Volk ist definitiv **kein** Untertan der **Regierung,** insbesondere nicht der Bundesregierung, da es sich dabei um ein Besatzungsorgan handelt. Das deutsche Volk ist grundsätzlich **der Auftraggeber** mit allen **Rechten** und **Pflichten**. Damit ist das deutsche Volk - ohne Wenn und Aber - der **Chef** hier in unserem Land. Die Regierung hat lediglich – wenn überhaupt - einen Auftrag vom deutschen Volk erhalten, die Interessen des Auftraggebers, also die Interessen des deutschen Volkes -wahrzunehmen und insbesondere nach außen zu vertreten und zu repräsentieren. Also hat die Regierung keinerlei Herrschaftsgewalt über das deutsche Volk und das deutsche Volk hat das letzte Wort und muß grundsätzlich bei existentiellen Angelegenheiten gefragt werden. Aber genau diese Entscheidung wird dem deutschen Volk einfach entzogen, in dem man uns die – selbst im Grundgesetz enthaltene -Abstimmung verweigert. **Die Volksabstimmung war und ist im Deutschen Reich selbstverständlich.**

Grundgesetz Art. 20 u. Volksabstimmungsgesetz Deutsches Reich

**In diesem Zusammenhang muß erneut entschieden auf die Wiener Verträge hingewiesen werden, die es der Bundesregierung (aber auch den Alliierten) verbietet Verträge, Abkommen usw. abzuschließen die dem Deutschen Reich und insbesondere dem deutschen Volk Schaden zufügen.**

**Abschnitt 4, Verträge und Drittstaaten**

**Art. 34 Allgemeine Regel betreffend Drittstaaten**

Ein Vertrag begründet für einen Drittstaat ohne dessen Zustimmung weder Pflichten noch Rechte.

**Art. 35 Verträge zu Lasten von Drittstaaten**

Ein Drittstaat wird durch eine Vertragsbestimmung verpflichtet, wenn die Vertragsparteien beabsichtigen, durch die Vertragsbestimmung eine Verpflichtung zu begründen, und der Drittstaat diese Verpflichtung ausdrücklich in Schriftform annimmt.

Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge v. 23.5.1969

Und jetzt kommen Sie mir bitte nicht mit der Begründung, das ist für die Reichsangelegenheiten nicht anwendbar. Die Alliierten haben der deutschen Reichsregierung das Londoner Statut vom 8. August 1945 rückwirkend aufgebürdet, um damit das Nürnberger Tribunal durchzuführen, um die Hinrichtungen nicht als Mord aussehen zu lassen.

Franz W. Seidler, **„**Das Recht in Siegerhand“

Uns Deutschen wird seit 1949 permanent vorgebetet, daß dies und das gesagt und getan würde, gegen das Vergessen.

Wir versichern hier und jetzt, **wir haben nicht vergessen und werden auch niemals vergessen, was uns Deutschen für Kriegsverbrechen usw. angetan wurde.** Insbesondere deshalb, weil uns jetzt durch die jüdischen Proteste, die katholischen und evangelischen original Zeitungsberichte aus der Zeit 1933 bis 1945 und das Buch eines amerikanischen Offiziers „Das Märchen vom bösen Deutschen“ als Beweis vorliegen.

Buch „Gott segne den Führer“ und „Das Märchen vom Bösen Deutschen“

**Diese beiden Bücher sind das Zeugnis von den tatsächlichen Ereignissen, in der Zeit von 1933 bis 1945 und danach. Was ganz bedeutend ist, daß die katholischen und evangelischen Kirchenzeitungsberichte aus jener Zeit, die Wahrheit offenbaren. Der Amerikanische Offizier Benton L. Bradberry, hat sich ebenso die Arbeit gemacht, die Wahrheit zu offenbaren. Diese Bücher sind bereits in den Händen des deutschen Volkes.**

**Warum sollte ein amerikanischer Offizier das tun, wenn es sich dabei nicht um die Wahrheit handeln würde???? Das ergibt keinerlei Sinn!**

**Die genannten Beweise sind inzwischen dem deutschen Volk bekannt und sind auch über das Internet erhältlich. Die, die nicht über das Internet erhältlich sind wurden inzwischen eingescannt und so verteilt, daß es auch durch Mord usw. nicht mehr zu verhindern ist und derzeit die Runde macht.**

**Insbesondere sind die wichtigsten Dokumente, Bücher usw. - d.h. Beweise in besonderen toten Briefkästen hinterlegt, damit diese nicht plötzlich verschwinden um sie zu unterdrücken. Auch das funktioniert nicht mehr.**

Zur Abrundung der Angelegenheit darf und will ich nicht versäumen, die Aussage des Richters Frank Fahsel aus Stuttgart zu **zitieren:**

Ich spreche Christine Kohl meine Hochachtung dafür aus, daß sie das zugrunde liegende Subjekt (den „Sachsensumpf“) nicht vergessen hat. Ich war von 1973 bis 2004 Richter am Landgericht Stuttgart **und habe in dieser Zeit ebenso unglaubliche wie unzählige, vom System organisierte Rechtsbrüche und Rechtsbeugungen erlebt, gegen die nicht anzukommen war/ist, weil sie systemkonform sind. Ich habe unzählige Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erleben müssen die man schlicht „kriminell“ nennen kann.** Sie waren/sind aber sakrosankt, weil sie per Ordrede Mufti gehandelt haben **oder vom System gedeckt wurden**, um der Reputation willen. Natürlich gehen auch Richter in den Puff, ich kenne in Stuttgart diverse, ebenso Staatsanwälte. In der Justiz gegen solche Kollegen vorzugehen, ist nicht möglich, denn das System schützt sich vor einen **Outing** selbst – **durch konsequente Manipulation.**

**Wenn ich an meinen Beruf zurückdenke (ich bin im Ruhestand) dann überkommt mich ein tiefer Ekel vor „meinesgleichen“.**

Frank Fahsel, Fellbach

Süddeutsche Zeitung, Konsequente Manipulation

**Damit ist jetzt wirklich alles Nötige gesagt und es bedarf keines weiteren Kommentars mehr.**

Da ich nicht wissen und prüfen kann, und ich davon ausgehen muß, daß auch in

meinem Fall Manipulation usw. zugrunde liegt, und von den Gerichten der Bundesrepublik, die mehr oder weniger Gerichte der Alliierten sind die seit Nov. letzten Jahres keine Befugnisse mehr in Deutschland haben, **sehe ich mich gezwungen die Angelegenheit grundsätzlich zurückzuweisen.**

**Das Schreiben ist elektronisch erstellt und ohne Unterschrift gültig.**

Es grüßt Sie